

# BRÜSSEL AKTUELL

11/2023

26. Mai bis 9. Juni 2023

## Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

- Wirtschaft: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2023 vorgelegt 2
- Schutz geografischer Angaben: Parlament legt Standpunkt fest 2
- Aufbau und Resilienzfazilität: Interaktive Karte veröffentlicht 2

## Umwelt, Energie und Verkehr

- Erneuerbare Energien: Rat verzögert Finalisierung von RED III 3
- Grüner Deal I: Kommission veröffentlicht Leitfäden für Klimaanpassung von Gebäuden 3
- Grüner Deal II: Aktuelle Entwicklungen zur Wiederherstellung der Natur 3
- Vertragsverletzungsverfahren: Kommission stellt das Verfahren zu Nitrat ein 4

## Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

- URBACT: 30 neue Aktionsplanungs-Netzwerke 4

## Soziales, Bildung und Kultur

- Gesundheit: Initiative zur psychischen Gesundheit 4
- Grenzüberschreitende Rechtsverfahren: Stärkung schutzbedürftiger Erwachsener 5
- Migration I: Instrumentarium gegen Schleusungen über gewerbliche Beförderer 6
- Migration II: Kommission schlägt Aktionsplan für Mittelmeer- und Atlantikroute vor 6

## Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

- Katastrophenschutz: EU verdoppelt rescEU-Brandbekämpfungsflotte 6

## Fördermöglichkeiten und Aufrufe

- Europäische Stadtinitiative: Zweiter Förderaufruf gestartet 6

### Wirtschaft: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2023 vorgelegt

Am 24. Mai 2023 legte die EU-Kommission das [Frühjahrspaket](#) des Europäischen Semesters 2023 vor, das u. a. spezifische [Länderberichte](#) und länderspezifische [Empfehlungen](#) enthält. Das Europäische Semester hat zum Ziel, den Mitgliedstaaten Orientierung bei der Bewältigung zentraler wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen in Zeiten eines schwierigen geopolitischen Umfelds zu geben, um Wettbewerbsfähigkeit und langfristigen Wohlstand zu sichern. Die Länderberichte liefern dabei einen Überblick über die spezifischen Herausforderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die länderspezifischen Empfehlungen wiederum geben den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Bewältigung der wichtigsten sozio-ökonomischen Herausforderungen an die Hand, die in ihren Aufbau- und Resilienzplänen bisher nur teilweise oder nicht adressiert werden. Diese umfassen die Haushaltspolitik, die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne i.V.m. [REPowerEU](#), Energiepolitik und strukturelle Herausforderungen. Für Deutschland wird die Wirtschaftslage trotz makroökonomischer Ungleichgewichte weiterhin als grundsätzlich gut bewertet, allerdings erfüllt Deutschland das Defizitkriterium (d. h. gesamtstaatliches Defizit überschreitet den Referenzwert von 3 % des BIP) nicht. Weiter wird empfohlen, dass Deutschland seinen geänderten [Aufbau- und Resilienzplan](#) erheblich beschleunigen soll und dafür ausreichend Ressourcen bereitstellt. Auch die Infrastruktur für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung müsse weiter ausgebaut und die Abhängigkeit von fossilen Energien weiter abgebaut werden, wobei effiziente öffentliche Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren entscheidend seien. Vor allem in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie solle die Energieeffizienz verbessert werden. (LM)

### Schutz geografischer Angaben: Parlament legt Standpunkt fest

Am 1. Juni 2023 legte das EU-Parlament seinen [Standpunkt](#) für die Verhandlungen über neue Vorgaben für geografische Angaben der Europäischen Union für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie über Qualitätsregelungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse fest. Die EU-Kommission hatte die [Verordnung](#) am 31. März 2022 (*Brüssel Aktuell* 7/2022) vorgelegt. Geografische Angaben (g. A.) dienen als Kennzeichnung für Produkte, deren Qualität, Merkmale oder Ansehen natürlichen und menschlichen Einflüssen geschuldet sind, die mit ihrem Ursprungsort verbunden sind. Ziel ist es, die ländliche Wirtschaft zu unterstützen und die hohen Lebensmittelstandards der EU aufrechtzuerhalten. Zudem soll sichergestellt werden, dass das kulturelle, gastronomische und lokale Erbe innerhalb der EU und weltweit bewahrt und anerkannt wird. Die Abgeordneten sprachen sich u. a. dafür aus, dass g. A. in verarbeiteten Produkten besser geschützt werden, und dass anerkannte Erzeugervereinigungen mehr Rechte und Ressourcen erhalten sollten. Weiter fordern sie eine beschleunigte Registrierung der Angaben durch die Kommission und einen stärkeren Online-Schutz für diese. Domänen, die unrechtmäßig den Namen einer g. A. verwenden, sollten automatisch geschlossen werden. Sobald der Rat der EU seinen Standpunkt zur Verordnung angenommen hat, werden die Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen eingeleitet. (LM)

### Aufbau und Resilienzfazilität: Interaktive Karte veröffentlicht

Die EU-Kommission hat eine interaktive [Karte](#) online gestellt, die alle geförderten Projekte der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) aufzeigt. Die ARF ist ein Programm im Rahmen des Aufbauplans NextGenerationEU (zuletzt *Brüssel Aktuell* 11/2022), in dem bereits über 150 Mrd. € an die EU-Mitgliedstaaten ausgezahlt wurden. Für jede Reform und Investition soll somit der Standort in dem Mitgliedstaat sowie der aktuelle Umsetzungsstand aufgezeigt werden. Außerdem wird es ermöglicht, über die Karte auf ausführlichere Projektinformationen auf den [Länderseiten](#) der ARF-Webseite zuzugreifen. Die Karte wird laufend aktualisiert. (JK)

## Erneuerbare Energien: Rat verzögert Finalisierung von RED III

Die EU-Kommission veröffentlichte am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III). Die RED III soll mehrere Verordnungen und Richtlinien anpassen (sog. RED II): 2018/2001, 2018/1999, 98/70/EG. Sie soll u. a. festlegen, welche erneuerbaren Energieformen die Mitgliedstaaten einsetzen und fördern dürfen (*Brüssel Aktuell* 10/2022). Aus kommunaler Sicht entwickelte sich im weiteren Verlauf des gesetzgeberischen Verfahrens die Rolle von Holz als erneuerbare und förderfähige Energieform zu einem Hauptanliegen. Am 30. März 2023 erreichten Kommission, Rat und EU-Parlament eine politische Einigung im Trilog: Verschiedenen Pressemitteilungen zufolge soll Holz im Grundsatz weiterhin als erneuerbar gelten (*Brüssel Aktuell* 6/2023). Im nächsten Schritt des Gesetzgebungsprozess würden Parlament und Rat, als die beiden Ko-Gesetzgeber, die konsolidierte, identische Fassung förmlich verabschieden, bevor die neue Richtlinie in Kraft treten kann. Anders als ursprünglich geplant befasste sich der ITRE-Ausschuss (Industrie, Forschung und Energie) des Parlaments nicht am 23. Mai 2023 mit dessen abschließender Behandlung, nachdem bekannt wurde, dass Frankreich im Rat am 17. Mai 2023 nachträglich Änderungen bzgl. der Rolle von Atomenergie bei der Erzeugung von Wasserstoff geltend machte. Den gefundenen Kompromiss könne die Regierung in Paris in der Form nicht mittragen ([Medienmeldungen](#) (französischsprachig) zufolge). Je nach Ausgang wird die Bürogemeinschaft eine endgültig verabschiedete Richtlinie auf dessen kommunalrelevante Bestandteile analysieren. (NL)

## Grüner Deal I: Kommission veröffentlicht Leitfäden für Klimaanpassung von Gebäuden

Die EU-Kommission hat bereits am 29. März 2023 zwei Leitfäden für die die Klimaanpassung von Gebäuden (englischsprachig) veröffentlicht. Der technische [Leitfaden](#) geht u. a. auf die rechtlichen Vorgaben ein und fasst den aktuellen Stand der Gebäudestandards auf europäischer und nationaler Ebene zusammen. Der [Leitfaden](#) für bewährte Verfahren zeigt unterschiedliche Klimaanpassungsmöglichkeiten auf, u. a. im Hinblick auf die unterschiedlichen Klimazonen in Europa oder der besondere Betroffenheit in versiegelter Umwelt, z. B. in Städten. Er richtet sich u. a. an Besizende, Nutzende und politische Entscheidende. Die Leitfäden sollen laut der Kommission die Akteure in Europa bei der Umsetzung des Grünen Deals unterstützen und unterschiedliche Initiativen der EU, Renovierungswelle, europäisches Bauhaus oder die Bauprodukteverordnung, darin einschließen. (PW)

## Grüner Deal II: Aktuelle Entwicklungen zur Wiederherstellung der Natur

Die EU-Kommission verabschiedete am 22. Juni 2022 einen [Verordnungsvorschlag](#) inkl. [Annex](#) zur Wiederherstellung der Natur. Sie unterstreicht darin die Notwendigkeit des Vorschlags zur Erreichung der Klima- und [Biodiversitätsziele](#) der EU bis 2030 und 2050. Die kommunale Relevanz ist u. a. durch den Einbezug von städtischen Grünflächen gegeben. Die mitberatenden Ausschüsse des EU-Parlaments für Landwirtschaft ([AGRI](#)) und Fischerei ([PECH](#)) lehnen den Kommissionsvorschlag ab. Der zuständige Ausschuss für Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ([ENVI](#)) wird am 15. Juni 2023 über den Bericht, der die Grundlage für die Parlamentsposition setzt, abstimmen. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei hat am 31. Mai 2023 den Ausstieg aus den Verhandlungen im ENVI [beschlossen](#). Die Verhandlerinnen und Verhandler der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Parlament, der Renew Europe Group, der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und der Fraktion Die Linke haben sich für einen [Kompromiss](#) ausgesprochen, der im ENVI zur Abstimmung gegeben werden soll. Je nach Ausgang der Abstimmung kann der Verordnungsvorschlag noch vor dem Sommer im Plenum des Parlaments abgestimmt werden. Die Bürogemeinschaft wird den Kompromiss auf die kommunalen Auswirkungen hin analysieren und den Gesetzgebungsprozess weiter aktiv begleiten. Die Grundlage dafür bildet das gemeinsame [Positionspapier](#) der Bürogemeinschaft. (PW)

## Vertragsverletzungsverfahren: Kommission stellt das Verfahren zu Nitrat ein

Die EU-Kommission hat am 1. Juni 2023 die [Öffentlichkeit](#) darüber informiert, dass das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland in Zusammenhang mit der Umsetzung der Nitratrichtlinie eingestellt wird. Die [Richtlinie](#) beabsichtigt u. a. die Verringerung der Verunreinigung des Grundwassers durch Nitrat aufgrund landwirtschaftlicher Quellen. Vorausgegangen war das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH; [C-543/16](#)) in 2018, die Kommission leitete 2019 weitere Verfahrensschritte ein. Aus Sicht der Kommission haben der Bund und die Länder nun die notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Vorgaben der Richtlinie zu erfüllen. (PW)

## Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

### URBACT: 30 neue Aktionsplanungs-Netzwerke

Am 31. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die 30 neuen Aktionsplanungs-Netzwerke im Rahmen des [URBACT](#)-Aufrufes. Vom 1. Juni 2023 bis Dezember 2025 finden in unterschiedlichen Themen Erfahrungsaustausche, Pilotaktionen, Aufbau von Strukturen und Kompetenzen sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit innerhalb der Netzwerke statt. In Deutschland ist die Stadt München im Netzwerk *Once* zur Förderung von sozialer Innovation und Inklusion in allen Bereichen der kommunalen Verwaltung durch Verbesserung der Fähigkeiten und Fertigkeiten des kommunalen Personals und der Organisationsstrukturen beteiligt. Die Stadt Mannheim engagiert sich im Netzwerk *CSG* (Cities for Sustainable Government) um die Schaffung lokal angepasster Governance-Prozesse und -Instrumente durch die Nutzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung als strategisches Instrument. Aus Sachsen ist die Stadt Löbau Mitglied im Netzwerk *GreenPlace* zur Wiederherstellung vergessener städtischer Räume und deren umwelt- und bewohnerfreundliche Gestaltung durch Optimierung der Nutzung vorhandener Ressourcen im Kontext der ökologischen Krise, der finanziellen und geopolitischen Situation sowie die Stadt Leipzig bei *AR.C.H.ETHICS*, einem Netzwerk, mit der Thematik der Wiederbelebung des dissonanten kulturellen Erbes durch Erforschung von Architektur, Menschen, Geschichte und Ethik. (JK)

## Soziales, Bildung und Kultur

### Gesundheit: Initiative zur psychischen Gesundheit

Die EU-Kommission veröffentlichte am 7. Juni 2023 eine [Mitteilung](#) über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit. Mit der Initiative soll ein erster Schritt getan werden, um die psychische [Gesundheit](#) auf eine Stufe mit der körperlichen zu stellen. Psychische Gesundheitsprobleme sollen mithilfe eines neuen, sektorenübergreifenden Ansatzes angegangen werden. Die Kommission wird die Maßnahmen und Aktivitäten, die direkt oder indirekt der Förderung der psychischen Gesundheit dienen, mit rd. 1,23 Mrd. € aus verschiedenen Finanzinstrumenten unterstützen.

#### Hintergrund

Die Coronavirus-Krise hat die Notwendigkeit von verbesserten Maßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit und insbesondere den Zugang zu Gesundheitsleistungen verdeutlicht. Der Zugang zu Gesundheitsvorsorge und ärztliche Versorgung für alle ist in der EU-Grundrechtecharta verankert und ist in der Europäischen Säule sozialer Rechte (*Brüssel Aktuell 4/2021*) vorgesehen. Des Weiteren wurden im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas (*Brüssel Aktuell 9/2022*) Maßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit gefordert. Mit dem Ansatz reagiert die Kommission auch auf die Entschließung des EU-Parlaments von 2022 zur psychischen Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt (*Brüssel Aktuell 13/2022*).

## Leitprinzipien und Leitinitiativen

Der Vorschlag beruht auf drei Leitprinzipien, die die Grundlage für die Leitinitiativen bilden: Zugang zu angemessener und wirksamer Prävention; Zugang zu hochwertiger und bezahlbarer psychischer Gesundheitsversorgung und Behandlung; Möglichkeit der Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach der Genesung. Die Förderung des Wandels im Bereich der psychischen Gesundheit bedarf des gemeinsamen Handelns in allen Politikfeldern. Vorhandene Strukturen sollen unterstützt und u. a. folgende Maßnahmen begleitet werden:

- Förderung einer guten psychischen Gesundheit: Der Schwerpunkt liegt auf Gesundheitsförderung, Prävention, Frühintervention, Entstigmatisierung und Gewährleistung der sozialen Inklusion. Geplant sind z. B. die Unterstützung einer Europäischen Initiative zum Aufbau von Kapazitäten im Bereich der psychischen Gesundheit und eine Europäische Initiative zur Depressions- und Suizidprävention.
- Schutz für Kinder und Jugendliche: Diese sollen als prioritäre Zielgruppe in nationale Strategien für die psychische Gesundheit aufgenommen werden. Geplante Maßnahmen sind bspw. die Entwicklung eines Präventions-Instrumentariums „Kindergesundheit 360“, die Schaffung eines Netzwerks für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie Maßnahmen für einen besseren Schutz im Internet und in den sozialen Medien.
- Sicherstellung einer guten psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz: Im Mittelpunkt stehen Sensibilisierung und verbesserte Prävention. Geplante Initiativen sind u. a. ein Peer-Review zu den Gesetzgebungs- und Durchsetzungskonzepten zum Umgang mit psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz; EU-weite Sensibilisierungskampagnen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ([EU-OSHA](#)).
- Hilfe für schutzbedürftige Gruppen: Unterstützt werden sollen Menschen in prekären Situationen, insbesondere ältere Menschen, Menschen in sozialen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Migranten bzw. Geflüchtete. U. a. soll die Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten überarbeitet werden.
- Investitionen in Ausbildung und Kapazitätsaufbau: Ziel sind die Stärkung von Strukturen für die psychische Gesundheit und die Verbesserung des Zugangs zu Behandlung und Betreuung sowie die Erschwinglichkeit der Dienstleistungen. Dies soll z. B. durch eine Initiative für mehr und besser ausgebildete Fachkräfte in der EY erreicht werden.

Die Kommission fordert das Parlament und die Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen gemeinsam voranzubringen. Außerdem sollen sie im Rahmen der Expertengruppe für öffentliche Gesundheit überwacht und Stakeholdern die Möglichkeit eingeräumt werden, über die EU-Plattform für Gesundheitspolitik mitzuarbeiten und gemeinsame Beiträge zur Entwicklung und Durchführung der beschriebenen Maßnahmen zu koordinieren. (CR)

## Grenzüberschreitende Rechtsverfahren: Stärkung schutzbedürftiger Erwachsener

Am 31. Mai 2023 unterbreitete die EU-Kommission einen [Verordnungsvorschlag](#) (englischsprachig) zur Stärkung der Rechte von schutzbedürftigen Erwachsenen bei grenzüberschreitenden Rechtsverfahren sowie einen [Vorschlag](#) (englischsprachig) für einen Ratsbeschluss, mit dem die Mitgliedstaaten verpflichtet werden sollen, Vertragsparteien des [Haager](#) Übereinkommens von 2000 über den Schutz von Erwachsenen zu werden oder zu bleiben. Ziele beider Vorschläge sind der Schutz der Rechte, eine bessere Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit in grenzüberschreitenden Situationen sowie effizientere grenzüberschreitende Verfahren bzgl. des Schutzes von schutzbedürftigen Erwachsenen. Vom Vorschlag betroffene Erwachsene sind außerstande, ihre eigenen Interessen zu schützen, u. a. aufgrund einer dauerhaften oder vorübergehenden Beeinträchtigung oder Unzulänglichkeit. Der Kommission zufolge gibt es derzeit noch keine EU-Rechtsvorschriften, die konkret den Schutz von Erwachsenen in grenzüberschreitenden Situationen abdecken. Der Verordnungsvorschlag muss noch von EU-Parlament und Rat erörtert und verabschiedet werden, der Rat nimmt den Vorschlag für einen Beschluss des Rates nach Anhörung im Parlament an. (CR)

## Migration I: Instrumentarium gegen Schleusungen über gewerbliche Beförderer

Am 6. Juni 2023 stellte die EU-Kommission ein Instrumentenkasten ([englischsprachig](#)) zur Bekämpfung des Missbrauchs der gewerblichen Beförderung bei der irregulären Migration und Schleusung in die EU durch kriminelle Netzwerke vor. Mit diesem Instrumentarium möchte die Kommission die Mitgliedstaaten mit strategischen Maßnahmen unterstützen, die auf drei Säulen bauen: legislative, operative und diplomatische Maßnahmen. Ziel soll es demnach sein, gegen Fälle vorzugehen, in denen gewerbliche Verkehrsmittel zur Ermöglichung von irregulärer Migration in die EU missbraucht werden. Im Rahmen der legislativen Maßnahmen werden EU-Parlament und Rat aufgefordert, einen entsprechenden [Verordnungs](#)-Vorschlag der Kommission aus 2021 zu verabschieden. Hinsichtlich der operativen und diplomatischen Maßnahmen wird eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Rolle von kommerziellen Verkehrsanbietern, v. a. im Flugverkehr, und von Partnerländern bei der Unterbindung der Schleusung von Migrant\*innen angemahnt. (NL)

## Migration II: Kommission schlägt Aktionsplan für Mittelmeer- und Atlantikroute vor

In Vorbereitung auf die Tagung des EU-Innenministerrats (8. Juni 2023) und auf den nächsten Europäischen Rat (29./30. Juni 2023) stellte die EU-Kommission am 6. Juni 2023 einen [EU-Aktionsplan](#) (englischsprachig) für die Migrationsrouten im westlichen Mittelmeerraum und im Atlantik vor. Somit wurde die Kommission zum bereits dritten Mal durch den Rat aufgefordert, konkrete Aktionspläne für wichtige Migrationsrouten in die EU auszuarbeiten (*Brüssel Aktuell* 5/2023), nachdem Ende 2022 schon Pläne für das zentrale Mittelmeer und den westlichen Balkan vorgelegt wurden. Dieser Aktionsplan umfasst 18 operative Maßnahmen, die sich als erste Säule auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Partnerländern und als zweite Säule auf eine Intensivierung der operativen Maßnahmen im Bereich Suche und Rettung, der Rückkehrverfahren sowie des freiwilligen Solidaritätsmechanismus stützen. Die Bürogemeinschaft wird über die Ergebnisse des Treffens der EU-Innenminister:innen, die das Paket zu Asyl und Migration beraten werden (zuletzt: *Brüssel Aktuell* 8/2023), und des Europäischen Rats berichten. (NL)

## Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

### Katastrophenschutz: EU verdoppelt rescEU-Brandbekämpfungsflotte

Die EU-Kommission weitet die [Kapazitäten](#) der europäischen Brandbekämpfungsflotte ([rescEU](#)) im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens für 2023 aus. Insgesamt stehen 24 Flugzeuge und 4 Hubschrauber aus 10 Mitgliedstaaten bereit. Deutschland stellt dafür zwei Leichtflugzeuge zur Verfügung. Zudem beteiligt sich Deutschland mit weiteren Mitgliedstaaten an einer Entsendung von 450 Feuerwehrleuten, die in Frankreich, Griechenland und Polen stationiert werden sollen. Darüber hinaus soll der Austausch zwischen den Mitgliedstaaten mit einer Waldbrand-Peer-Review-[Bewertungsmethode](#) (englischsprachig) unterstützt werden. Diese soll u. a. einen Beitrag zur Brandprävention leisten. (PW)

## Fördermöglichkeiten und Aufrufe

### Europäische Stadtinitiative: Zweiter Förderaufruf gestartet

Am 31. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die zweite Aufrufunde für innovative städtische Projekte im Rahmen der Europäischen Stadtinitiative ([EUI](#)). Gefördert werden mit einem Gesamtbudget von 120 Mio. € innovative Projekte zur Entwicklung und Erprobung neuer Lösungen für aktuelle Herausforderungen in Städten. Dabei konzentriert sich der Aufruf auf drei Prioritäten: Umweltfreundlichere Städte, nachhaltiger Tourismus sowie die Talententwicklung in schrumpfenden Städten. 80 % der Kosten werden dabei aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert. Jedes Projekt kann

bis zu 5 Mio. € an Förderung erhalten. [Bewerbungen](#) sind einzeln oder als Gruppe möglich und erfolgen über die Homepage der EUI. Bewerbungsfrist ist der **5. Oktober 2023**. Mit einem spezifischen EFRE-Budget von 450 Mio. € ist die EUI ein neuartiges Instrument zur Unterstützung der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik im Programmplanungszeitraum 2021–2027. (JK)